

Der BKU

Aktuelles

Links

Portrait

Termine

Pressemitteilungen

Publikationen

Service/Stellenmarkt

Demokratischer Skandal

Dött fordert Urabstimmung für alle und

Pressemitteilung vom 26.06.2003

Die rechtlichen Rahmenbedingungen bei Streiks müssen in zwei Punkten neu geregelt werden: Künftig sollten alle betroffenen Arbeitnehmer zur Ur-abstimmung aufgerufen und Streikziele gerichtlich überprüfbar werden. Das fordert die Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), Marie-Luise Dött, MdB, angesichts des aktuellen Metalller-Streiks in Ostdeutschland. Es sei ein demokratischer Skandal, dass dort nur eine kleine Minderheit der Beschäftigten über einen Streik entscheide, der eine ganze Branche lahmlegen kann, sagte sie am Donnerstag in Berlin. Im konkreten Fall seien lediglich 27 000 von 125 000 sächsischen Metallar-beitnehmern überhaupt tarifgebunden. Von diesen wiederum habe die IG Metall lediglich 13 000 zur Urabstimmung aufgerufen und dabei 8 000 Stimmen für den Streik erhalten. „Es kann nicht sein, dass weniger als zehn Prozent der Beschäftigten einer Branche einen Streik mit flächendeckenden Folgen vom Zaun brechen können,“ findet Dött. Dieser Machtmissbrauch lasse nur eine Antwort zu: „Die Gewerkschaften müssen gesetzlich dazu gezwungen werden, vor jedem Streik eine Urab-stimmung unter allen betroffenen Arbeitnehmern zu organisieren - nicht nur unter den organisierten!“

Streikziele gerichtlich prüfen

Darüber hinaus kritisierte Dött das Tabu, dass Streikziele jeder gerichtlichen Bewertung entzogen sind. „Es kann nicht sein, dass ein Streik aus sich her-aus rechtmäßig ist, auch wenn damit Ziele verfolgt werden, die jeder volks-wirtschaftlichen Vernunft entbehren“, sagte sie. Die möglichen Folgen des gegenwärtigen Streiks auf die Arbeitsplätze in Ostdeutschland und die oh-nehin angeschlagene Konjunktur stehe im krassen Missverhältnis zu dem Ziel, die Wochenarbeitszeit zu verkürzen. Es gehöre zu den zentralen Merkmalen des Rechtsstaates, bei Konflikten die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu überprüfen. „Auch die Gewerkschaften müssen es sich daher gefallen lassen, dass ihre Kampfmassnahmen vor den Arbeitsgerichten bewertet werden“, sagte sie.

Dem 1949 gegründeten BKU gehören rund 1 200 Inhaber-Unternehmer, Selbständige und leitende Angestellte an. Der BKU ist in 36 Diözesan-gruppen gegliedert. In seinen Arbeitskreisen entstehen innovative Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpoli-tik. Ihre Rückfragen beantwortet Geschäftsführer Peter Unterberg, Tel. 02 21 / 2 72 37 – 0.

Diözesangruppen

Das regionale Leben des BKU findet in 36 Diözesangruppen im gesamten Bundesgebiet statt. Hier finden unsere Mitglieder ein Forum zum Austausch unter Gleichgesinnten und interessante Veranstaltungen vor Ort.

Arbeitskreise

Die Arbeitskreise sind das inhaltliche Herzstück des BKU. In diesen Runden entstehen innovative Konzepte zu aktuellen Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

BKU-Junioren

Wir sind ein Kreis von Christen bis zu 35 Jahren. Wir stellen uns den Fragen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.